

gemeinhalt ein Geistlicher in der Schulaufsicht sitze. Seine Parteigenossen seien der Ansicht, daß, sofern man schon Geistliche in die Schulaufsicht setze, zum mindesten auch Vertreter der weltlichen Schulen aufgenommen werden müßten. Aus der Formulierung spreche der Wille der Regierungsparteien, den kirchlichen Wächtersprüchen in weitestem Maße entgegenzukommen. Die Sozialdemokratie werde sich energig gegen die Hinzuziehung der Kirche zur Schulaufsicht wehren.

Abg. D. Schreiber (Z) wachte sich gegen den Vordränger und wies auf die besonderen Aufgaben und Leistungen der Geistlichen namentlich auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege hin. (Z)

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) fragt, ob die Formulierung „evangelischer Pfarrer, katholischer Pfarrer, Rabbiner“ eine Begrenzung darstelle, oder ob auch anderen Bekenntnisgruppen eine Vertretung gesichert werden solle.

Es sei zu befürchten, daß unter der Ueberschrift „Schulaufsicht und Schulaufsicht“ nur eine Vertretung der Religionsgesellschaften geschaffen würde.

Die Vertretung der weltlichen Schulen könne man jedenfalls nur in einer Repräsentation der Elternschaft finden.

Abg. Schred (Soz.) gibt der Auffassung Ausdruck, daß das Schulgesetz neuerdings nicht zu einer Schulfrage, sondern zu einer politischen Regierungsfrage gemacht werde. Seine Partei wende sich ganz allgemein gegen eine Bevorzugung der Religionsgemeinschaften, die in der vorliegenden Formulierung zu sehen sei.

Abg. Rosenbaum (Komm.) begründet seinen Antrag auf Öffentlichkeit des Unterrichts. In Preußen sei dieser Grundgedanke in den weltlichen Sammelstellen praktisch schon durchgeführt.

Abg. Dr. Kunkel (D. Sp.) empfindet ebenso wie Frau Dr. Bäumer in der Formulierung „evangelischer Pfarrer, katholischer Pfarrer, Rabbiner“ eine Lücke. Lehrer und Geistliche seien immer ein beherrschendes und förderndes Element im Verwaltungskörper gewesen, das man nicht ausschalten dürfe.

Die Deutsche Volkspartei wolle die beiden Elemente, Lehrer und Geistlichkeit, gleichberechtigt nebeneinander stehen lassen.

Ministerdirektor Bellinghage erklärt, die Verfassung des „Lsg.“ bei der Aufzählung „evangelische, katholische Pfarrer, Rabbiner“ solle eine Begrenzung darstellen.

Abg. Edmensein (Soz.) bringt noch einmal zum Ausdruck, daß es ungerecht sei, den weltlichen Vertretern die gleiche Stimme zu geben, dagegen den Vertretern der weltlichen Schule nicht. Das verstöße gegen den Gedanken der Liberalität.

Abg. Hofmann-Ludwigsholm (Z) weist den Vorschlag der Interferenz zurück. Seine Partei sei im Gegenteil der Meinung, daß auch Vertreter der Jugendorganisationen in die Schulaufsicht hineinzunehmen seien.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) präzisiert noch einmal ihren Standpunkt.

Abg. Rosenbaum (Komm.) verteidigt erneut den Antrag auf Öffentlichkeit des Schulunterrichts.

Abg. Dr. Edmensein (Soz.) erklärt, im Falle der Annahme seines Antrages über Beschränkung des geistlichen Aufsichtrechts auf den Religionsunterricht werde ein weiterer Antrag seiner Partei hinfällig werden. Er glaubt im übrigen,

daß die von der Regierung gegebene Formulierung Ansprüche herausbeschwören könnte, die zu größten Komplikationen führen müßten.

Man solle es deshalb den Vätern überlassen, jeweils die geeignete Regelung zu finden.

Abg. Rönneburg (Dem.) meint, daß der Standpunkt der Regierung in diesem Widerspruch zu § 4 stehe. Im übrigen teilt er nicht die Meinung, daß Herrlichkeit und Geistlichkeit in Schulaufsichtsgremien gleichgestellt sein, er gibt der Lehrerschaft den Vorrang.

(Die Sitzung dauert fort.)

Einheitsstaat und Luthers Bund.

Eine Erklärung.

Der Bürgermeister von Dortmund, Genosse Paul Hirsch, bittet uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

Gelegentlich einer Zusammenkunft der Landesdirektoren im Sommer vorigen Jahres bin ich von einem der Teilnehmer gebeten worden, einen Aufruf zugunsten einer Bewegung für den Ein-

heitsstaat zu unterzeichnen. Ueberzeugt von der Notwendigkeit, daß die Errichtung der einheitlichen deutschen Republik eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß nichts veräumt werden darf, was uns diesem Ziele näher führt, habe ich mich dazu bereit erklärt und die Unterschrift gegeben. In irgendeiner Besprechung habe ich nicht teilgenommen, insbesondere nicht an der Gründungsversammlung. Nachdem ich erfuhr, daß, was hinter der Bewegung steht und nachdem ich weiter gesehen habe, daß die Rechtsparteien aus dem Kulturkapital für sich zu schlagen suchen, habe ich dem Ausschuss mitgeteilt, daß ich meine Unterschrift zurückziehe. Irrendwelche Beziehungen zu dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ habe ich nicht.

Vor 20 Jahren.

Berliner Wahlrechtsdemonstration niedergedrückt.

Der 12. Januar ist in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung zu besonderer Bedeutung gelangt. Heute vor zwanzig Jahren demonstrierten große Arbeitermassen in Berlin und in ganz Preußen gegen das schandvolle Dreiklassenwahlrecht und für das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht zum preußischen Landtage. Wenige Tage vorher hatte Bülow, der Ministerpräsident, die Stimmgabe im Reichstagsparlament zu erklären, daß die Uebertragung des damaligen Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl widerspreche und deshalb nicht in Frage komme.

Nach solcher Unterwerfung fühlte sich auch der damalige Polizeipräsident, ein Junker von Borries, verpflichtet, das Seinige zum Schutze des „Staatswohls“ zu tun. Er gab Anweisung an seine Schutzmänner, „mit allem Nachdruck“ gegen öffentliche Kundgebungen, die „an sich erlaubt“ seien, einzuschreiten. Und die in ihrer Ruhe gestörten Polizeioffiziere verstanden den Witz. Sie ließen die Schutzeleute wieder einmal den „Wahlrechtsrevolver“ umschnallen, der seit 1906 besonders für Bekämpfung der Wahlrechtsdemonstrationen angeschafft worden war, und veranstalteten an den verschiedensten Stellen der Stadt regelrechte Prügeleien, zumeist gegen harmlose Passanten, die sie für Demonstranten hielten.

Was sie erstrebten, erreichten sie nicht. Aber was sie verhindern wollten, trat ein: Das brutale Vorgehen der Polizei lenkte die Aufmerksamkeit immer weiterer Volksschichten auf die Unhaltbarkeit der preussischen Zustände. Die Angriffe auf die Demonstrationen machten erst deren Notwendigkeit klar. Und trotz der Bülow, Borries und Jagow — der „Reugierigenwarner“ — wurde das Recht auf die Straße erobert, das heute kaum noch jemand ernsthaft anzutasten wagt. Das Dreiklassenwahlrecht aber verschwand erst gleichzeitig mit der Monarchie, die es schützen sollte!

Der Mord von Wehdel.

Wie Reichsbannermann Unlang erschossen wurde.

Donnerstag, 11. Januar.

Ueber die Missetat in Wehdel bei Weddbergen erhalten wir noch folgende Meldung: Am Freitag, dem Dreikönigstage, der in katholischen Gegenden als Fasching besungen wird, sah der Reubauer Unlang aus Wulften mit noch einigen Männern in einer Wirtschaft in Wehdel beim Kartenspiel. Nach einiger Zeit gestellte sich zu diesen auch der Hofbesitzer Beute, der in unmittelbarer Nähe der Wirtschaft wohnte und angetrunken war — B. gilt als sogenannter Quartalsäufer — und brachte das Gespräch auf das politische Gebiet.

Unlang war seinerzeit Mitbegründer des Nordwestdeutschen Heuerleuterverbandes, dessen Führer und eigentlicher Gründer unser alzu früh verstorbenen Reichstagsabgeordneter Wilhelm Helling war. Ferner war Unlang Mitglied des Reichsbanners. U. verlor infolge seiner politischen Einstellung und die dadurch mit den Hofbesitzern einsetzenden Differenzen seine Heuerstelle. Er erwarb sich, um existieren zu können, ein Stück Land und baute sich selbst ein Haus. Pachtland von den Bauern zu bekommen, war ihm nicht möglich. Infolge-

dessen gab es oft Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Hofbesitzern.

Wie schon bemerkt, kam es am Freitag wieder zu politischen Streitigkeiten, die schließlich zu Tätlichkeiten ausarteten, zumal auch Unlang nicht mehr ganz nüchtern war. Gegen morgen verließ Beute dann die Wirtschaft, ihm folgten bald Unlang und einige andere Gäste. Die bürgerliche Presse berichtet, daß U. den B. verfolgte. Davon ist aber in Wehdel nichts bekannt. Als Unlang sich nun dem Hause Beutes näherte, schoß dieser plötzlich von der Haustür oder dem Vorgarten seines Hauses mit einem Jagdgewehr auf den Näherkommenden, der von der Schrotladung in den Bauch getroffen wurde, hintenüber stürzte und liegen blieb.

Der eine Viertelstunde später eintreffende Arzt konnte nur noch den Tod des Unglücklichen feststellen. Die eingehendste Untersuchung wird die näheren Umstände aufklären. Erשמעend für den Täter fällt ins Gewicht, daß er erst in sein Haus eilte und sein Gewehr holte.

Preußens Landwirtschaft.

Gesitzberatung im Hauptauschuss.

Der Hauptauschuss des Landtags beschloß sich heute mit dem Haushalt der Gestütsverwaltung. Der Berichterstatter, Abg. v. Blume (Dnoll.) berichtet u. a., daß der tatsächliche Zuschuß zum Haushalt für 1928 noch 10411290 Mark erfordert. Die Kennziffern betragen 14 Millionen Mark. Davon stehen den Rennvereinen 9 Millionen und der Gestütsverwaltung 5 Millionen zu.

Abg. Peters (Soz.): Die Klagen über Unrentabilität sind nicht mehr so hart. Auch bei kleineren Landwirten erfolgt schon eine Umstellung vom Pferd zum Motor und zum Kraftwagen. Das Gebrauchspferd ist für uns das schwerere Pferd. In Bezug auf den Pferdebesitz können wir den Wegen der Hochschulpolitik nicht folgen. Die Gestütsverwaltung hat absolut verlangt in der Beratung des kleinen Landwirtes bei Beschaffung des richtigen Pferdematerials.

Minister Steiger erklärte, daß die Einfuhr von Pferden geringer geworden ist, aber trotz dessen preisdrückend auf unsere Pferde wirkt. Unsere Bestrebungen zur Ausfuhr von Zuchtstuten werden fortgesetzt.

Abg. Kellermann (Komm.): Rußland würde viel Pferde von Preußen beziehen, wenn unsere Gestüte ein für Rußland brauchbares Arbeitspferd züchteten.

Abg. Frau Wohlgenuth (Soz.): Wir erkennen an, daß Herr Minister Steiger vertritt, die von uns immer kritisierten Mängel auf den preussischen Gestütsverhältnissen. Vor allem aber hat er auch bei der Leitung der Gestütsverwaltung durchzugreifen. Die Umstellung der Landwirtschaft im Gestüt Traktoren zu einer Motorwirtschaft ist auf unser jahrelanges Drängen erfolgt. Jährlich müssen sich die Gestüte mehr auf das Bedarfsfeld der Kleinbauern einstellen.

Die Regelung der Anstellung der Anwärter zu Beamten bedarf der Nachprüfung. Leute mit besten Zeugnissen müssen jetzt jahrelang warten, während Günstlinge bevorzugt werden. Die Unterstützung der alten Landarbeiter der Gestüte mit monatlich 8 Mark ist nach jahrelanger Arbeit viel zu gering. Auch manche Landarbeiterwohnungen befinden sich noch in elendem Zustande. Wir beantragen, den Satz des Kleidergeldes der Gestütsanwärter von 76 auf 120 Mark hinaufzusetzen und entsprechende Beiträge beim Titel für die Unterstüzung der Rennvereine vorzunehmen.

Abg. Simon-Renkals (Soz.) stellt gegenüber Aufstellungen bürgerlicher Zeitungen fest, daß die bessere Ausstattung der Gestütsanwärter und anderer Gestütsbeamten bei Beratung der Besoldungsordnung wesentlich der Sozialdemokratischen Partei zu danken ist. Er fragt, warum die Forderungen des Gestüts-Vereins bei den Renner der letzten Jahre so wenig als erste am Ziel erschienen.

Zum Präsidenten des Danziger Volkstages ist Genosse Spill gewählt.

Die Verurteilung von Kommunisten wegen antimilitärischer Propaganda nehmen in Frankreich in letzter Zeit kein Ende. Nachdem die Zahl der in solchen Prozessen Verurteilten bereits 130 erreicht hat, standen am Dienstag wiederum der Abministrator und ein Redakteur der „Humanité“ wegen antimilitärischer Artikel vor dem Pariser Strafgericht. Beide wurden zu je 3 Monaten Gefängnis und Geldstrafen verurteilt.

„Don Giovanni.“

(Staatsoper.)

Mit der neuen Inszenierung von Mozarts „Don Giovanni“ legt Otto Klemperer seine Arbeit in Berlin fort: den Aufbau einer von innen her neuen Oper — der kommenden Oper am Platz der Republik. Sie soll und wird kommen, diese von neuem Geist erfüllte Oper, eine staatliche „Staatsoper“ (ist es auch, ohne ihr sozial-künstlerisches Programm im Namen zu führen): wenn endlich — in wenigen Monaten, so dürfen wir nun hoffen — die Staatsoper ihr erneutes Heim unter den Linden bezieht und das Krollhaus seiner künftigen Bestimmung und seinem Herrn freigeht. Der erarbeitet dafür einwilligen unter zweifach erschwerten Umständen. Erste Erschwernisse: Raum und Zeit muß er mit der Staatsoper teilen. Die Möglichkeit freier Entfaltung, am notwendigsten gerade im Anfang, findet allzu enge Grenzen im Widerstand der Verhältnisse. Eingebaut in den Organismus der Staatsoper, soll sozusagen die Klemperer-Oper als selbständiger Theaterorganismus ins Leben treten. Aber dazu gehörte zum mindesten, daß sie über ein „vollständiges“ Künstlerpersonal verfügte. Sie kann es nicht, solange dieser peinliche Übergangszustand währt, und wir müssen verständig finden, daß sie's noch nicht kann. Doch eben, daß es nur das Fragment eines eigenen Ensembles ist, womit vorläufig Klemperer sich begnügt, daß er, von Fall zu Fall, mit angeborgten Kräften der anderen Berliner Opern sich behelfen muß, das ist es, was zum anderen seine Arbeit planlosen Ausbaues erschwert.

Somit Hindernisse, somit Mißverständnisse im öffentlichen Urteil. Erstes Mißverständnis: man mißt die Vorstellung einer aus neuem Geist geborenen, doch eben noch kaum geborenen, erst kommenden Oper am Maßstab der Staatsoper, wie sie, strotzend von Ueberlieferung, war und ist: die Zukunft am Maßstab des Vergangenen. Gewordenen. Zweites Mißverständnis: man macht Klemperer, dem Leiter, zum Vorbild, daß sein Repertoire sich nicht ergänzend in den Rahmen des Staatsopern-Spielplans fügt. Selbstverständlich, die Staatsoper, die ihren „Fidelio“ hat, braucht nicht schon wieder einen neuen. Und die Staatsoper, die kürzlich ihren (mishaglichen) „Don Giovanni“ herausgebracht hat, handelt gewiß nicht flug, es nun schon wieder mit „Don Giovanni“ zu versuchen. Nur: was wir gestern haben, ist nicht ein Stück Staatsoper; es ist ein weiteres Stück künftige Oper am Platz der Republik.

Wieder erkennen wir den Geist, der sich an jenem ersten Fidelio-Abend unter Klemperer zwinchend offenbart hat, einen aesthetischen, unerhülllichen, heroischen, künstlerischen Geist. Doch nichts mehr von dem Spiel an Spinnung des Willens, das in Fidelio noch ein wenig zu spüren war. Die Aufführung, stoff, knapp, beinahe karg, doch klar und rein im musikalischen wie im szenischen Ausdruck, ist von atemberaubender Obermäßigkeit. Durchaus nicht vollkommen in allen Einzelheiten. Wo in der Welt freilich gäbe es heute eine voll-

kommene Don-Giovanni-Aufführung? Wenn das Klemperer-Ensemble für die Titelrolle einen Vertreter von Normal besitzt, gestern hat es ihn nicht gezeigt; Fritz Krenn, ein intelligenter Künstler gewiss, ist es weder an Stimme noch an Persönlichkeit. Tilly Blättlermann, als Elvira, besticht im Darstellerischen besser als im Gesanglichen. Sehr schön der Comthur Maximilian Hendoroths. Doch die Besten sind Gäste im Ensemble: Hans Hildebrandt, als Don Giovanni der zweite, der das Publikum hinreißt, und Fanny Cleve, die als Sängerin die enormen Schwierigkeiten der Donna-Anna-Partie überraschend bewältigt. Der Abend wächst, je mehr das heitere sich zum heroischen Drama wandelt. Wir wußten, daß wir von Klemperer den heroisch-tragischen, nicht den „heiteren“ Don Giovanni zu erwarten hatten — jenen für den Mozart selbst, im stillstilleh Zwiespalt seines künstlerischen Bewusstseins, sich mehr und mehr entschied. Trotz dem angehängten Vorposten, auf das wir — trotz Mozart und trotz Hermann Levi, seinem Uebersetzer und Erneuerer — nicht ungern verzichteten.

Klaus Fringsheim.

Gotische Bildteppiche im Künstlerhaus.

Mit einer vortrefflichen Rede von Professor Robert Schmidt, die zugleich auch eine Einführungsvorrede in sein neues Buch des Direktor des Schlossmuseums war, ist die Ausstellung gotischer Bildteppiche im Künstlerhaus, Bismarckstraße, eröffnet worden. Obwohl sie von Privatden den Ausstellungen der Kunst- und Antiquarier, veranstaltet ist, bedeutet sie eine Tat öffentlicher Kunstpflege.

Es handelt sich hier um die Bekanntmachung von ganz ungewöhnlichen Kunstschätzen aus dem Mittelalter, die durch die Art ihrer Bewahrung nahezu unzugänglich sind. Das Kloster Wienhausen bei Celle beherbergt acht der größten und prächtigsten Wandteppiche aus dem 12. bis 15. Jahrhundert, die man kennt. Doch sie so wohl gebüht und von den allerwenigsten Menschen gekannt sind, ist der Grund, warum man überhaupt niemals von dieser außerordentlichen Kunst des Mittelalters etwas erfuhr. Ein Blick auf die Ausstellung (die durch herrliche Holzskulpturen und einige Gemälde der nämlichen Zeit aufs schönste veranschauligt wird) lehrt, daß es sich hier allerdings um ganz große Kunst handelt, deren Kenntnis man neben der der schönsten Renaissancekunst und der Kunst der neueren gotischen Kunstwerke nicht mehr missen möchte. Wer jemals etwa die Glasmalereien im Straßburger Münster, die Hochaltäre von St. Wolfgang, Hausbeuren oder Neosburg gesehen hat, weiß, daß der höchste Wert und der erschütternde Ausdruck mittelalterlicher Kunst niemals in Ruhen und an kleinen Objekten oschau werden kann. Von ähnlicher Intensität und Kollerwirkung ist das Erlebnis dieser unvorhergesehenen Bilder.

Nicht Teppiche im unserm Sinne sind es, sondern kolossale Wandgemälde gleich Gobelins der Renaissance; nicht aber wie diese gewebt, sondern auf Leinwand und mit farbigen Wollfäden gemalt, weiß von Schönen Können — wie in unserem Fall von denen des Klosters Wienhausen selber — in vielfacher mächtiger Arbeit. (Daher der Name „Klosterflur“ für die Technik.)

Ihre Wirkung ist völlig der von Wandbildern bewandt, weil sie ja dazu gebüht haben, die großen kalten Räume von Speisestuben oder Kirchen zu beleben; aber leuchtender in den Farben und von unmittelbarer Stärke als alle vorhandenen Fresken. Ihre gute Erhaltung läßt sie so überwältigend frisch erscheinen; nur Glasbilder lassen sich damit vergleichen. Die Anordnung ist bei allen die gleiche, vom Tristonteppeich um 1300 an bis zu dem großen Anna-Globeth-Teppich vom Ende des 15. Jahrhunderts; fortlaufende Szenenfolgen in mehreren Streifen übereinander, getrennt durch Sprüche oder Wappentänder, die horizontal wie die teppichhafte Flächenwirkung gleichmäßig betonen. Es gibt sehr wenig Innenzeichnung, feinerste Modellierung bei Figuren, Tieren und Bewerk; der Stil währt durchaus die Wirkform der Technik, alles breitet sich rein in der Fläche aus und ist bald und höchst authentisch geschildert, gotischer Auffassungsweise entsprechend. Uns Heutige begauert diese unübertreffliche Einfachheit und Klarheit mittelalterlicher Kunst aufs höchste, es scheint hier ein Ideal in seiner Reinheit verkörpert und jedenfalls von allen Folgezeiten, zumal in den (perspektivischen) Gobelins der Renaissance, nie wieder erreicht zu sein in der Kraft künstlerischer Darstellung.

Aber auch der Inhalt der wunderbaren Reliefgebilde — die bis zu sieben Meter Breite erreichen — vermag uns zu fesseln. Nicht weniger als drei von den acht Stücken schildern die Sage von Triston und Isolde; einer die Freuden ritterlicher Jagd auf allerlei Tiere; und nur die Hälfte ist christlich-motivologischer Art. Dies beweist, daß die kunstfertigen Römern nicht anders fühlten als die Ritterdamen, die auf ihren Edelsteinen ähnliche Arbeiten unternehmen, und spricht einermachen gegen die Ueberhöhung der Frömmigkeit in mittelalterlichen Klostern. Es läßt sich aber auch erraten, daß die eigentlichen Entwürfe wohl nicht von den Ausführenden stammten, sondern von Berufsmännern. Die Schönheit und Präzision der Komposition, unbestreitbares Künstlerwerk, hält jedenfalls der Solidität der Technik und Probität der Farben reichlich die Woge.

Dr. Paul F. Schmidt.

Thereminus Kethermull — eine deutsche Erfindung. Der Physiker Dr. Thierme von der Radio-Apparate-Gesellschaft zu Berlin hat — nach eigener Mitteilung — als technischer Leiter und Direktor der Gesellschaft schon vor vielen Jahren die Erfindung festgestellt, daß Senderendresonanz durch handkapazitätsempfindlich sind, und er hat bereits im Jahre 1919 auf dieselbe Weise Musik erzeugt wie Professor Thierme. Diese Musikvorführungen, die in den Vorführungsräumen der Gesellschaft zu Berlin, Alexanderstraße, veranstaltet wurden, waren etwa nicht Vorführungen im üblichen Art, sondern beobachtig und auch nicht einmalig, sondern sie wurden damals bereits mehrere hundert Male veranstaltet. Dr. Thierme konnte damals bereits vor Ohrenzeugen ganze Musikstücke mit Hilfe der Kethermull spielen, so daß auch auf diesem Gebiete Thierme nicht als Entdecker der Kethermull angelesen werden kann. Die Erfindung der Kethermull wurde von der Radio-Apparate-Gesellschaft allerdings nur in technischer Beziehung zur Durchbildung von Sendern verschiedener Turmhöhe verwendet, um Störungen zu vermeiden zu können. Professor Thierme hat das Verdienst, diese Erfindung tonerzeugig gemacht zu haben. Auch wurde durch ihn die Aufmerksamkeit der Welt auf diese eigenartige Erfindung gelenkt.

Polnischer Friedensbote unterwegs.
 Von Warschau über Riga nach Kowno: Polen schlägt vor,
 endlich anzufangen.

Warschau, 12. Januar.
 Vom polnischen Außenministerium wird amtlich mitgeteilt: Die polnische Regierung hat an die litauische Regierung durch einen Sonderkurier eine Note nach Kowno übersandt, in welcher der Beginn der Verhandlungen Ende Januar in Riga vorgeschlagen wird. Die Note enthält die Grundzüge des Programms der künftigen Verhandlungen, die mit der Besprechung der Angelegenheiten des Grenzverkehrs, des Transits und der Aufnahme des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs beginnen sollen.
 Der Sonderkurier hat seine Reise nach Kowno vorgestern über Riga angetreten.

Schwer zu überführen.
 Beschlagnahmen in der Reparationschlebung.

Paris, 12. Januar.
 In der Angelegenheit der aufgedeckten Sachlieferungs betrügereien ist der Untersuchungsrichter zu mehreren Hausdurchsuchungen geschritten. Diese haben sowohl in Paris als auch in einigen Städten der Provinz stattgefunden und zur Beschlagnahme einer größeren Anzahl Dokumente geführt, die den Beweis für die erfolgten Betrügereien erbringen sollen. Es scheint, daß namentlich zwei in Paris etablierte Firmen als die hauptsächlichsten in Betracht kommen. Fast alle Hausdurchsuchungen wurden in Anwesenheit von Beamten des Finanzministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete durchgeführt; sie sind noch nicht beendet und werden in den nächsten Tagen mit aller Strenge fortgesetzt werden. Man behauptet, daß es sich bei den aufgedeckten Sachlieferungs betrügereien in der Hauptsache um Lieferung von Kohle, Zucker und Hopfen handelt. Die Höhe der Kontrakte, bei denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, wird mit 200 Millionen Franken angegeben.

„Petit Parisien“ nennt als Hauptbeteiligte an den Betrügereien die Paris Transport- und Exportgesellschaft, deren Direktor Louis Goldsmith, in Berlin wohnhaft, sich gegenwärtig in Paris aufhält. Er wurde von den untersuchenden Beamten eingehend vernommen. Weitere Hausdurchsuchungen sind erfolgt bei einer Gesellschaft Minerva, die sich besonders mit Kohlenlieferungen befaßt, bei einer Gesellschaft namens Societe de plan Dames, bei deren Inhabern Gombberg und Levy auch in den Privatwohnungen nachgesehen wurde. Bei dieser Gesellschaft soll so viel belastendes Material gefunden worden sein, daß nur ein Teil sofort beschlagnahmt werden konnte und der Rest bis zur weiteren Nachprüfung verpackt wurde. Weitere Nachforschungen sind bei einem Gesellschaftler der Firma Gombberg u. Levy, namens Lucien Levy, vorgenommen worden, der sich besonders mit Viehlieferungen befaßt haben soll. Hausdurchsuchungen wurden ferner vorgenommen bei einem gewissen Marcel Levy in Rouay sowie bei einem Großhändler für Vieh in Rouay, namens Dauphin. Auch der Bürgermeister der Gemeinde La Loupe ist in die Angelegenheit verwickelt. Ebenso werden aus dem Elsaß und besonders aus Straßburg Betrügereien bei Lieferung von ungefähr 400 000 Kilogramm Hopfen gemeldet. Hierbei werden genannt eine Firma Ketter-Strasbourg mit einem in Baden-Baden wohnenden Gesellschafter namens Wertheimer. Die Hausdurchsuchungen sollen fortgesetzt werden.

Der linkskommunistische Reichstagsabgeordnete Bohla ist während im Krankenhaus zu Heilbronn gestorben. Er war auf der Reichsliste gewählt, auf der u. a. auch Ruth Fischer, Kasperler, Schwaib, Urbahn, Tiedt und Schlichte standen, die sämtlich nicht mehr der kommunistischen Reichstagsfraktion angehören. Nachfolger auf dieser linkskommunistischen Reichsliste von 1924 ist der Oberpostsekretär Hoffmann-Schmargendorf, der früher einmal kurze Zeit als Sozialdemokrat im Reichstag saß, dann aber zu den Kommunisten überging.

Gorki und Nikolai II. Die Dschin-Gesellschaft in Lemingrad veranstaltet zurzeit eine Ausstellung, die der Persönlichkeit Maxim Gorki, seiner literarischen und politischen Tätigkeit gewidmet ist. Man findet auf dieser Ausstellung bisher unbekanntes Material, u. a. Gorkis Briefwechsel mit berühmten Männern Russlands und des Auslandes. Einige Altentwürfe beziehen sich auf den Streit, der letztendlich um die Wahl Gorkis zum Mitglied der russischen Akademie entbrannt war. Im Jahre 1902 schlug der Ausschuss der Akademie die Wahl Gorkis vor. Die Akte, die darüber in sämtlichen russischen Zeitungen erschienen war, kam dem Zaren zu Gefallen. Nikolai II. war von dieser Nachricht wenig erbaud, und er vermerkte am Rande: „Mehr als merkwürdig!“ Sogleich befahl er dem damaligen Unterrichtsminister Romanowski — einem Kavalleriegeneral —, beim Präsidenten der Akademie gegen die Wahl Gorkis Einspruch zu erheben. Inzwischen war aber Gorki schon gewählt. Der Präsident der Akademie, Großfürst Konstantin, ein Bruder des Zaren, erhielt bald darauf ein zweites Schreiben des Unterrichtsministers mit der Mitteilung, daß der Zar über die Wahl Gorkis sehr entrüstet sei und wünsche, daß die Wahl als ungültig zu betrachten sei. Auf Befehl des Zaren mußte die Wahl Gorkis tatsächlich als ungültig erklärt werden.

Der Konflikt Reinhardt — Bühnensociety. In dem Konflikt zwischen den Direktoren Reinhardt, Barnowski, Robert und dem Deutschen Bühnensociety hat sich jetzt der erste praktische Fall der Verweigerung des Aufführungsrechtes ereignet. Die „Komödie“, die der Direktor Reinhardt unterstellt, beabsichtigte, ein Stück eines jungen erfolgreichstehenden deutschen Autors aufzuführen. Der Bühnensociety verweigerte dem Autor, der um Ausnahmeverlaubnis nachsuchte, die Bewilligung zur Aufführung. Die „Komödie“ sah sich daraufhin wegen der Kürze der Zeit gezwungen, auf einen älteren Vertrag zurückzugreifen und muß nun — ein französisches Stück auführen.

Die Salkenburg-Bühnen werden in der kommenden Winterhielfzeit zunächst das Volkstheater und Fentische Bühnen-Theater umfassen. Das Volkstheater ist vom 1. April ab an Dr. Nestler nicht verpachtet. Verhandlungen mit Direktor Salkenburg, die den Bau eines neuen großen Theaters im Westen zum Ziel haben, stehen vor dem Abschluß.

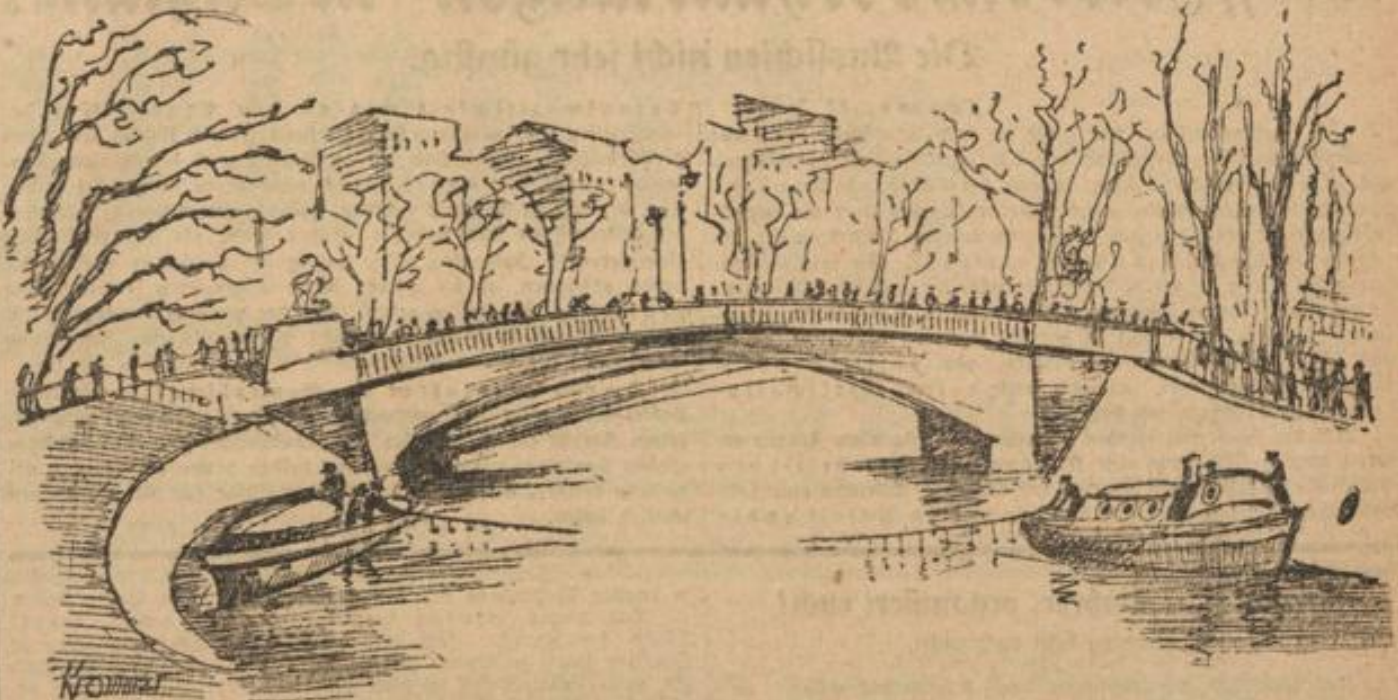
Im Lehnhausmuseum findet heute 8 Uhr ein Wilhelm-Bauch-Abend statt. Der Eintritt ist frei.

Der englische Novellist Thomas Hardy, einer der letzten aus der viktorianischen Zeit, ist nach langer Krankheit im Alter von 87 Jahren gestern abend in seinem Heim bei Dorchester gestorben.

Clod Georges Honorarvertrag. Clod Georges hat, so berichtet die „Allerlei Welt“, das alleinige Vertriebsrecht für die Deutsche über seine literarischen Werke einer amerikanischen Vertriebsfirma gegen das ebenfallsige Honorar von 1 000 000 Mark überlassen. Er hat damit die bisherige Vertriebsfirma Theodore Moeblert und nach London, die beide das ansehnliche hohe Honorar von einem Dollar für die Zeile erhalten, geschlagen.

Die schottische Arbeiterbewegung. Um einen dringenden Bedürfnis abzuhelfen, haben sich die schottischen Arbeitervereine zum ersten Mal, das von ihrem Führer A. Ross und dem sozialistischen Dichter J. Boyd veranlaßt und vom Pietro Macdonald komponierte „Lied der Arbeit“ als offizielle schottische Arbeiterhymne angenommen.

Der Wasserschub sucht Elli Reinfeldt.



Seit zwei Wochen ist die kleine Elli Reinfeldt verschwunden. Man glaubt, daß sie einem Verbrechen, vielleicht auch einem Unfall zum Opfer gefallen ist. Der Reichswasserschutz suchte u. a. den Landwehrkanal ab, um zur Klärung der Angelegenheit beizutragen.

Potsdam-Prozesse!
 Die silbernen Löffel des Amstrats.

Das kleine Potsdam beginnt allmählich der Ort für Sensationsprozesse zu werden, in denen Mitglieder der früher herrschenden Gesellschaftsschichten eine mehr als zweifelhafte Rolle spielen. Potsdam, das „unentwegt“ an der Tradition der Bergangehörigkeit festhält, trägt dadurch in hervorragender Weise dazu bei, den Nimbus von der „Bornehmtheit“ und der Exklusivität jener früher so angesehenen Kreise zu zerstören. So sind denn auch die „Potsdam-Prozesse“ als Mittel zur Aufklärung zu begrüßen.

Vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht hat sich der am 28. April 1887 zu Angermünde geborene Potsdamer Amstrat Heinrich Kühne von der Oberrechnungskammer wegen Diebstahls an 12 silbernen Messinglöffeln zu verantworten. Acht Zeugen und drei medizinische Sachverständige sind geladen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltshofrat Stargard. Am 28. März verurteilte der Obergerichtsschlichter Schöffe in Potsdam eine herrschaftliche Auktion. Gegen Mittag befand sich der Angeklagte nur noch mit drei anderen Personen in dem Auktionsaal. Der Amstrat prüfte einige Meinglätter auf ihren Schiffs und benutzte dazu zum Auslösen verschiedene Silberlöffel, die in einem Schrankgehäuse lagen. Plötzlich bemerkte die Frau des Auktionsinhabers, wie Amstrat Kühne einen Löffel nach dem anderen in seine Manteltasche verwickeln ließ. Die Frau trat auf ihn zu und rief empört: „Wo sind die Löffel geblieben?“ Der Amstrat tat sehr verwundert, und als die Frau ihm den Diebstahl auf den Kopf zusagte, meinte der Angeklagte: „Wie können Sie sich unterziehen, mir so etwas zuzurufen.“ Später gab der Angeklagte zu, die Löffel in einer Art seelischer Depression auf einen besonderen Nach hingelassen zu haben. Der Beginn der Verhandlung verzögerte sich um eine Stunde, da ein Schöffe nicht rechtzeitig erschienen konnte. Der Angeklagte war früher Offizier, ist im Felde verwundet und hatte später einen Radfahrungsunfall erlitten. In Potsdam war man allgemein der Ansicht, daß der Herr Amstrat sowie seine Frau weit über die Verhältnisse lebten. Die Verteidigung des Angeklagten hat Justizrat A. Josephson aus Potsdam übernommen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Wornath. Unter den Zeugen sieht man ehemaligen Kollegen des Angeklagten, der ein großer stattlicher Mann ist, und seine Frau.

Der „Prophet“ als Kläger und Klagezurückzieher. Der unseren Lesern zur Genüge bekannte „göttliche Meister“ Weihenberg ist sehr empfindlich, wenn die von ihm gesprochene und gedruckte „Wahrheit“ von vernünftigen Menschenkindern abgelehnt wird. Anlässlich der Privatklage, die der Mann einer von Weihenberg „beeinflussten“ Frau angestrengt hat, war von dem Kreisarzt Dr. Kramer ein Gutachten begehrt worden, das mit dem Hinweis, durch Gebete „mit Fernwirkung“ und durch suggestiv wirkende Behandlung Heilungen vorzunehmen, scharf ins Gericht ging. Der „göttliche Meister“ fühlte sich durch diese Kritik beleidigt und strengte eine Privatklage gegen den Kreisarzt an. Es kam zum Erscheinen vor dem Schiedsmann und sollte zur gerichtlichen Verhandlung kommen, als mit einem Male das Gericht dem Kreisarzt mitteilte, daß die Klage zurückgenommen sei. Ein Ausgang, wie er blamabler für den Oberlichten, Propheten und Meister nicht gedacht werden kann. Dem Kreisarzt hätte diese Jurisdiktion aufrechtzuerhalten ein; er hätte gern das künig getan, um vor Gericht das dem Aufstieg unseres Volkes schädliche Treiben Weihenbergs aufzuheben. Hoffentlich gibt die oben erwähnte Privatklage Gelegenheit zu einer solchen kritischen Beleuchtung.

Beschimpfung der Reichsfarben.

Wegen Beschimpfung der Reichsfarben hat sich der Hauswart Kausch vor dem Schöffengericht Schöneberg zu verantworten. Der Angeklagte hatte, nachdem er einem Fest eines Schützenvereins beigewohnt hatte, in einer Gastwirtschaft in Schöneberg geäußert: „Die braunen Farben aus Jerusalem, die Reichsfarben.“ Zwei junge Leute, die das gehört hatten, ermittelten Anzeige. Der Angeklagte bestritt die Worte. Zwei von ihm benannte Entlastungszeugen beteuerten sich auf Schwerhörigkeit. Das Schöffengericht verurteilte Kausch an Stelle einer an sich vermittelten Strafe von 30 Tagen Gefängnis zu 150 Mark Geldstrafe.

Die deutsche Hausfische. Die „Bereinigung der Kopenhagener Deutsche“ veranstaltete in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstraße 122/124, eine Ausstellung von deutschen Hausfischen. Am Sonntag war die Ausstellung derartig überfüllt, daß die Schaulustigen die größten Anstrengungen machen mußten, um nur einen Kopenhagener oder Kopenhager zu sehen. Die Veranstalter wollen Liebe und Verständnis für das Tier wecken, damit ihm der nötige Schutz zuteil wird. Wie alt ein Tier bei jagdmäßiger Behandlung werden kann, dafür erbrachten eine 15½ und eine 16 Jahre alte Kasse den Beweis. Auch konnte man seine Freude an vielen Findlingen haben, die wirklich prachtvolle Tiere geworden sind. Neben dem Schatz wurde auch von einigen Ausstellern der Jagdgebote propagiert. Einige Stände waren mit zu viel unnützem Zierrat gefüllt, wodurch das Vergrößern

lungsmoment zu sehr in den Vordergrund gerückt wurde. Man sollte nie vergessen, daß ein gelundes Tier in seinem natürlichen Zustande, also ohne jeden Ausputz, am schönsten ist.

Auf dem Eis des Müggelsees.
 Unglücksfall oder Selbstmord?

Die schon seit vielen Tagen anhaltende warme Bitterung hat die in der letzten starken Frostperiode entstandenen Natureisbahnen auf den Seen und Flußläufen zum größten Teil wieder in Wasser aufgelöst bzw. die Eisdicke, wo sie noch vorhanden ist, stark brüchig und nicht mehr tragfähig gemacht. Jeder vernünftige Mensch, auch wenn sich der Sportbetrieb noch so sehr in ihm regt, wird selbstverständlich darauf verzichten, das gefährbringende Eis in einem Zerlegungsstadium zu betreten.

Heute früh kurz nach 8 Uhr sahen Fußgänger auf dem noch zugefrorenen Teil des Müggelsees an der Bahndorfer Seite einen Schlittschuhläufer, der sich nach der Mitte des Sees zu bewegte. Nach hatte sich das Entsetzen der Leute über die Weglosigkeit des Mannes, die geradezu an Selbstmord grenzte, nicht gelegt, als dieser an eine offene Stelle geriet und plötzlich unterging. Trotz der großen Gefahr fanden sich mutige Leute, die dem Berunglückten Rettung zu bringen versuchten. Die Rettungsaktion mußte aber wegen der Einbruchgefahr bald aufgegeben werden. — Es ist kaum anzunehmen, daß sich der Unbekannte der Gefahr, in die er sich begeben hatte, nicht bewußt war. Vielleicht wird deshalb in der Annahme auch nicht fehlgegangen, daß es sich um einen vorläufigen Selbstmord handelt. Sollte aber tatsächlich ein Unglücksfall in Frage kommen, dann kann dieser bodenlose Reichtum, durch den unter Umständen auch noch die Retter ins Unglück gezogen werden konnten nur beurteilt werden. Die Polizei hat die Ermittlungen nach den Personalien des Ertrunkenen aufgenommen.

Explosion im Hamburger Hafen!
 35 Personen verletzt.

Hamburg, 12. Januar. (Eigenbericht.) Heute morgen kurz vor 7 Uhr ereignete sich im Hamburger Hafen an einer mit etwa 90 Arbeitern besetzten Motorkatze der Hamburger Eisvertriebsgesellschaft m. b. H. eine Motorexplosion. Ein Teil der Leute sprang sofort über Bord. 35 Personen wurden verletzt ins Holtenauerkrankenhaus gebracht, davon sind 18 Personen schwer verletzt. Zwei Personen werden noch vermisst. An die Unfallstelle geleitete Feuerwehr retteten die Verunglückten. Die Katze wurde geborgen. Die Entstehungsurache der Explosion steht noch nicht fest.

Das Hamburger Motorschiff „Grete Glad“, das 282 Netto-Registertonnen groß ist, ist in schwerem kaputtem und ledem Zustande in den Danziger Hafen eingelaufen. Das Schiff war am 1. Januar mit einer Ladung Petroleum von Wühelmschuppen abgegangen und nach Remel bestimmt. Es konnte jedoch bei dem schweren Seeegang in den Remel Hafen nicht einlaufen. Durch die heftigen Bewegungen des Schiffes wurde der Motor stark beschädigt und der Dampfessel für den Antrieb der Ankerwinde, der Pumpen und der Heizung defekt. Auch ein Teil der Ladung mußte über Bord geworfen werden. Nach notwendiger Reparatur des Motors gelang es dem Schiff, unter großer Mühe bis Obinggen zu kommen und dort zu ankern. Ein von Danzig herbeigerufener Schlepper brachte es dann nach Neufahrwasser.

Bergwerkstatastrophe in Amerika.
 100 Bergleute verschüttet.

London, 12. Januar.
 Aus Cali in Kolumbien wird berichtet, daß mehr als 100 Bergarbeiter in der Cas Golondinas-Grube durch Einsturz eines Schachtes 300 Meter unter der Erde eingeschlossen wurden. Man befürchtet, daß alle tot sind.

Großfeuer bei Daimler-Benz.

Gaggenau, 12. Januar.
 Dienstag abend kurz nach 9 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Hauptmagazin der Daimler-Benz-Werke Gaggenau ein Großfeuer aus, das das Gebäude in wenigen Minuten vollkommen in Flammen hüllte. Nach Einleitung der Notaroprühen wurde in nahezu zweistündiger schieberhaltiger Tätigkeit der Wehren der Brand auf keinen Heub beschränkt. Das Magazin selbst wurde vollkommen eingeschert, so daß der Schaden sehr bedeutend sein dürfte.

Chamberlin hat aufgegeben!

New York, 12. Januar.
 Der Oceanflieger Clarence Chamberlin hat den Versuch, den deutschen Zeppelin im Dauerflug zu brechen, nach vierstündiger Flugdauer abgebrochen.

Die „Friedensverhandlungen“ in England.

Die Aussichten nicht sehr günstig.

London, 12. Januar.

Im Burlington-Haus tritt heute die erste industrielle Konferenz zusammen, die der Herstellung des Wirtschaftsfriedens in England gilt. Die Unternehmergruppe, die von Sir Alfred Mond geleitet wird, hat seit Einleitung der Verhandlungen über die Herbeiführung einer grundlegenden Aussprache mit den Vertretern der Arbeiter erheblich an Anhang verloren. Die heutige Konferenz hat keinen Vergleich in der Geschichte der englischen Industrie, da die einzige ähnliche Konferenz, die im Jahre 1919 von der Regierung einberufen wurde und an der 500 Vertreter der Arbeiterschaft und 300 der Arbeitgeber teilnahmen, von politischen Erwägungen geleitet war, während heute reine Wirtschaftspragmatische Erwägungen zur Erörterung stehen.

Auf der Konferenz werden vor allem die folgenden Fragen erörtert werden: Wie kann eine Prosperität der britischen Industrie erreicht werden, und wie kann den Arbeitern eine Teilhabe an der Produktion sichergestellt werden, die ihnen vollen Anteil an der

Verantwortlichkeit wie an den Ergebnissen der industriellen Unternehmung sichert. Beide Fragen sind in dem Brief der Arbeitgeberorganisation, der die Anregung zu der heutigen Konferenz enthielt, nur angedeutet worden: in dem Brief wurde u. a. der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und Arbeiter größer seien als die offensichtlich divergierenden Interessen. Der Erfolg der Konferenz wird daher davon abhängen, ob es gelingt, dieser allgemeinen Fassung eine praktische Form zu geben. Von der heutigen Zusammenkunft kann allerdings kaum mehr erwartet werden als eine Feststellung der Position der beiden Parteien.

Das vom Generalrat der Gewerkschaften eingesetzte Unterkomitee wird heute vormittag den Generalrat über seine Arbeiten Bericht erstatten. Der wahrscheinliche Gang der heutigen großen Konferenz wird sein, daß von beiden Seiten Erklärungen abgegeben werden, die eine Art Arbeitsvereinbarung für die nächste Zeit schaffen sollen.

Beleghe mit der Arbeitsniederlegung droht. Bei den Zementwerken ist der Streik durch Verhandlungen des Demobilisierungskommissars beigelegt worden. Im ostböhmerischen Bergbau setzt gleichzeitig ein starker Lohnkampf ein. Die Industrievertreter lehnen jedoch jegliche Lohnhöhung ab.

Streikabbruch beim Delgaswerk Pintsch. Die Sperre bleibt bestehen.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns mitgeteilt, daß der seit dem 12. Oktober 1927 bestehende Streik für das Delgaswerk Berlin-Kummelsburg der Firma Pintsch & Co. ergebnislos abgebrochen werden mußte. Die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ausgesprochene Sperre bleibt bestehen. Die Streikenden, die den Kampf restlos durchgehalten haben, nahmen eine Entschädigung an, in der u. a. der ADGB aufgefordert wird, die Schuldigen an dem verlorenen Streik zur Rechenschaft zu ziehen.

Flegelhafte „Groberer.“

Sie werden an die frische Luft gesetzt.

Die Branche der Kaffeehankefeller im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angehörigen hielt gestern morgen ihre Jahresversammlung ab. Zunächst erstattete der Branchenleiter Daniel seinen Jahresbericht. Die in „Stärke“ von sieben Mann umwickelnde kommunistische Fraktion, unterstützt von einigen „Sympathisierenden“, hielt dem Kilometerreden des bekannten Inhalts, ohne auch nur den Versuch zu machen, sich mit dem Bericht sachlich auseinanderzusetzen. Diese Schwäche der Argumente versuchte die „Fraktion“ aber durch einen außerordentlichen Aufwand an Lungenkraft und unflätigen Ausdrücken auszugleichen, sobald jemand zur Erwiderung das Wort ergriff. Das unflätige Verhalten der sieben Streikenden führte schließlich — nach vierstündiger Geduldprobe — zu ihrer Hinausbesetzung an die frische Winterluft. Dann wurde nach den Vorschriften der Branchenkommission die neue Branchenleitung einstimmig gewählt.

Ueber das Recht der beruflichen Vereinigung hat das Internationale Arbeitsamt dieser Tage den ersten Band der Ergebnisse einer Erhebung herausgegeben. Es handelt sich um eine rechtsvergleichende Untersuchung. Das Recht der beruflichen Vereinigung sind bekanntlich auf der Tagesordnung der 10. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni vergangenen Jahres. Die erste Befragung des Gegenstandes hatte zwar ein negatives Ergebnis; dadurch hat jedoch die wissenschaftliche Untersuchung des Rechts der beruflichen Vereinigung keineswegs an Bedeutung verloren. Es besteht vielmehr jetzt erst recht ein erhöhtes Interesse an ihrer weiteren Verfolgung. Denn sie doch wesentlich dazu beitragen, die noch stark verbreitete Unsicherheit in der Erkenntnis von Wesen und Inhalt dieser in ihrer Auswirkung so vielfältigen Freiheit zu beseitigen und damit einer Angleichung des Landesrechts und nicht zuletzt einer künftigen internationalen Regelung den Weg zu ebnen.

Kraftdroschkenfahrer, organisiert euch! Schimpfen hilft euch nicht.

Die öffentliche Versammlung der Kraftdroschkenfahrer am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus zeigte leider nicht den Wohlwollen, wie er nach der regen Propaganda durch die organisierten Kraftdroschkenfahrer erwartet werden mußte.

Genosse Henl vom Verkehrsband betonte deshalb auch einleitend zu seinem Referat, daß es wegen der Gleichgültigkeit der Berliner Droschkenchauffeure so außerordentlich schwer sei, in Berlin zu einer vernünftigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für diese Branche zu kommen. Nach dem Streik im April vorigen Jahres konnte man hoffen, daß die Berliner Kraftdroschkenfahrer nunmehr endlich am Ausbau der Organisation mit mehr Interesse als bisher arbeiten würden. Der Erfolg des damaligen Streiks war nicht allzu groß, es wurde aber immerhin erreicht, daß neben der prozentualen Beteiligung an der Bruttoeinnahme auch ein täglicher Gehalt gezahlt werden mußte. Die Mehrzahl der Kraftdroschkenfahrer hat diesen Erfolg jedoch nicht zu schätzen gewußt und hat trotz des rechtserheblichen Lohnverlustes auf die Zahlung des Festlohnes verzichtet. Die Bewegung war nur ein Strohhalm gewesen. Anstatt eine geschlossene organisatorische Front zu bilden, zerstückelten sich die Kraftdroschkenfahrer in Vereine und Organisationsgruppen, von denen ein Teil unter der „Interessensvertretung“ seiner Mitglieder die Veranstaltung von Massenballen und Eisbällen versteht.

Doch unter solchen Umständen die Erfolge des Streites bald wieder in die Karten gingen, ist weiter nicht verwunderlich. Seit Oktober gibt es mit den Samungs- und Großbetrieben keine tarifliche Lohnregelung mehr. Ein großer Teil der Berliner Kraftdroschkenfahrer bekommt keinen Pfennig festen Lohn mehr, sondern ist lediglich auf die Prozente von der Einnahme angewiesen. Dies ist um so beschämender, wenn man bedenkt, daß u. a. in Hamburg ein täglicher Garantielohn von 8 M., in Mannheim von 7 M., in Chemnitz ein fester Wochenlohn von 52,50 M. gezahlt wird, was für etwa 9000 Berliner Kraftdroschkenfahrer nur ein schöner Traum ist.

Was jetzt von der Organisation an Verbesserungen der Materielle verlangt wird, ist für die Fahrer in den übrigen Städten Deutschlands seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Aber selbst die Erfüllung dieser so selbstverständlichen Forderungen wird nur durchgeführt werden können, wenn sich die Fahrer endlich auf die zutreffende Organisation besinnen und nicht bloß an den Halteplätzen über ihre elende Lage und die Draconien schimpfen.

Henl ging dann noch kurz auf die Lohnfrage ein und erklärte, daß der Verkehrsband nicht eher ruhen werde, bis die Lohnfrage einmal vernünftig gelöst ist. Die augenblickliche Regelung hat das Solidaritätsgefühl der Droschkenchauffeure völlig untergraben. Dies würde auch mit einem Schloge anders werden, wenn einmal der feste Wochenlohn errungen sein würde. Solange dies nicht der Fall ist, ist der Verkehrsband von einem Kampfe über die Lohnfrage interessiert. Mit der Unterstützung an die Erschienenen, dahin zu wirken, daß die Branche der Droschkenchauffeure wieder die Elite der Sektion Kraftfahrer wird, schloß Genosse Henl seine Ausführungen.

Mit Ausnahme einiger Anhänger der Industriearbeiterschaft, die zuhören, daß ihre Organisation bisher nichts für die Kraftfahrer getan hat, aber dennoch mit wütenden Redensarten für ihre „Organisation“ vergeblich Propaganda machten, unerschrocken alle übrigen Redner die Ausführungen des Referenten.

Eine neue Großorganisation.

Mitglieder 140 000 — Vermögen 5 Millionen.

Der neue Verband der Rohrmittel- und Getreidearbeiter beginnt seine Landbahn mit 140 000 Mitgliedern und einem Vermögen von etwa 5 Millionen Mark. Seine Mitglieder verteilen sich auf 3000 Orte und fast gleichmäßig über das ganze Reich. Der Verband zählt 450 Ortsgruppen. Mehr als 60 Bezirksleiter haben die Werbe- und Verwaltungstätigkeit zu erledigen; sie wirken im Rahmen von 11 Bänden mit 16 Gauleitern. Neben dieser regionalen Gliederung steht durch das ganze Verbandsgebiet eine Gliederung nach Industriegruppen. Mit diesem Aufbau soll eine gewisse Garantie dafür geschaffen werden, daß auch die Mitglieder in den entfernt gelegenen Orten

in enger Verbindung mit der Verbandszentrale in Berlin stehen.

Das neue Statut des Verbandes tritt am 1. April 1928 in Kraft. Um den Apparat möglichst reibungslos in Funktion setzen zu können, ist in den letzten Wochen vom Vorstand ein gutes Stück Arbeit geleistet worden. Drei Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes haben sich, wie die neue Nummer der Gewerkschaftszeitung mitteilt, mit der Ueberleitung der Geschäfte der vier Einzelverbände (Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Rohrmittel- und Getreidearbeiter, Fleischer und Metzger) befaßt. Zur Unterbringung des ganzen zentralen Verwaltungsapparates und der nach Berlin zuziehenden Vorstandsmittglieder wurde der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, die notwendig werdenden Vorkehrungen (Bau von Wohnungen usw.) zu treffen. Eine Gauleiterversammlung nahm Stellung zu einheitlichen Richtlinien bei Lohnbewegungen und Streiks — eine infolge der verchieden gelagerten beruflichen Verhältnisse besonders schwierige Frage.

Achtstundenkampf in Ostböhmen.

Lohnkonflikt im Bergbau.

Katowitz, 12. Januar.

Die Streikaktion auf einzelnen ostböhmerischen Hüttenwerken wegen Einführung des Achtstundentages nimmt größeren Umfang an. In der Bismarckhütte streiken bereits 300 Arbeiter, in der Hohenlohe-Hütte arbeiten die Arbeiter nur acht Stunden, ohne daß die Verwaltung dagegen einzuschreiten wagt, da sonst die gesamte

Der Kampf in der Kanalschiffahrt.

Wohnungsterror der Unternehmer.

Die weltweite Transport-Kriegsgesellschaft hat von ihrem gesamten ausgelagerten Personal die Räumung der Wohnungen an Bord der Fahrzeuge verlangt. Das ist der Vorstoß gegen die Familien der Schiffer. In einem Fall hat ein Amtsrichter in Dortmund eine einstweilige Verfügung erlassen; gegen diese war Einspruch erhoben worden wegen Unzuständigkeit des Amtsgerichts. Das Amtsgericht Dortmund unter Herrn Amtsgerichtsrat Reese hat sich jedoch in seinem Urteil seine Zuständigkeit selbst bestätigt.

Wenn schon der Erlaß der einstweiligen Verfügung über den Kopf des Schiffers hinweg erkauflich war, da diesem durch einfachen Gerichtsbeschluss die Räumung aufgegeben wurde, ohne ihn gehört zu haben, so dürfte man doch wenigstens annehmen, daß der inzwischen besonders auf die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts hingewiesene Richter eines Besseren sich hätte belehren lassen. Man dürfte erwarten, daß der allgemeine Rechtsgrundsat, nach dem einstweilige Verfügungen eine Vollstreckung nicht pässlich vorzunehmen dürfen, wenigstens nachträglich Beachtung gefunden hätte. Leider ist das durchaus nicht der Fall, sondern der Richter bestätigt seine — nach unserer Ansicht unholbare — Rechtsauffassung noch besonders in der schriftlichen Begründung eines Urteils.

Es wird in dem Urteil zum Ausdruck gebracht, daß der § 2 Ziffer 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auf die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf solche aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis beschränkt.

Die Räumung der Wohnung auf einem Schiff

fallt aber nicht unter das Arbeitsverhältnis, da diese Wohnung dem Schiffer nur zum Zubereiten seiner Mahlzeiten und zum Schlafen während der Pausen zur Verfügung gestellt sei. Eine Werkwohnung sei es nicht. Bei der Werkwohnung bestehe das Besitztum des Arbeiters, das dem Arbeitsverhältnis entspringe und deshalb bilde die Ueberlassung der Werkwohnung einen Teil der Entlohnung.

Die Arbeitgeber behaupten ständig selbst, daß die Wohnung des Schiffers einen Teil seines Entgelts darstellt. Ein Unterschied zwischen Werkwohnung und einer solchen auf dem

Schiff besteht also nicht. Aus diesen Gründen bedeutet das Urteil

eine objektive Rechtsverletzung,

und zwar einseitig zugunsten des Arbeitgebers. Es bestand zweifelsohne Streit darüber, ob das Dienstverhältnis als aufgelöst zu betrachten war. Aus diesem Grunde hätte das Amtsgericht die Sache als anhängig dem Arbeitsgericht überweisen, zum mindesten jedoch aussetzen müssen. Dem Arbeitsgericht jegliche Zuständigkeit abzuspochen, wie es die Urteilsbegründung tut, ist ein Raub. Im Kommentar von Reich-Bolmar zum Arbeitsgerichtsgesetz wird ausdrücklich die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts in solchen Fällen hervorgehoben. Allerdings soll für die Entscheidung über die Räumung das Mietrecht maßgebend sein; dessen Entscheidung ist aber wiederum an die Entscheidung des Arbeitsgerichts gebunden. Entschieden das Arbeitsgericht, daß das Dienstverhältnis noch nicht gelöst ist, so kann das Mietrecht die Räumung nicht aussprechen. Aber auch selbst dann, wenn das Arbeitsgericht entschieden hätte, daß ein Dienstverhältnis nicht mehr bestände, wäre eine Räumung nicht ohne weiteres gegeben. Nur die Festlegung eines angemessenen Mietzinses kann der Befugter beim Mietniedrigungsamt beantragen. Dieser Standpunkt ist seit langem maßgebendes Recht; schon die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hielten sich daran. Um so erstaunlicher ist es, daß alles das von dem Amtsgericht in Dortmund nicht beachtet worden ist.

Die Schanzmacher im Arbeitgeberlager

wollen die Maßregeln gegen die im Kampfe ausbarrenden Kanalschiffer noch weiter verstärken. Dazu ist diesen Herrschaften natürlich jedes Mittel, vor allem die Wohnungsfrage, recht. Selbsterständlich ist gegen die Entscheidung des Gerichts von zuständiger Stelle sofort Berufung eingelegt worden, und es bleibt zu hoffen, daß das Landgericht Dortmund die Entscheidung des Amtsgerichts mißbilligt.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geppert, Wirtschaftl. G. Altinghölzer, Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Paulsen, A. J. Böcher, Gofales und Schillke; Fritz Kahlstädt, Anzeigen: H. Glöck, Müller in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Lithographie und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Bedtreders Adol Pohl
Dresdener Straße 13
Parriagebäude

Frisch geschlachtete
hünge, prächtvolle
Puten 1.20
Frisch geschlachtete
ganz Gänse 1.20
einzigl. Geschmack
Nur ein Preis!
Wegener, Berlin SO
Mariannenstraße 24

**BELEUCHTUNGS
KÖRPER**



AUCH
BIS ZU
18
MONATS-RATEN

Raddatz & Co
Berlin, Leipzigerstr. 122/123

**Mal- u. Zeichen-
Bedarf**

L. Juergens
Alexanderplatz

Blumenspenden
oder bei
Herrn Dr. Schmidt
Paul Gollets.
Danzig, Kaiser-Franz-
Mariannenstraße 3,
Ecke Raunaustraße
Tele. Reichsp. 1403 081

Gegen rote Hände

und unidische Hauterde verwendet man am besten die
schneeweiße teure **Crema Ledor**, welche
den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße
verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist.
Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese
unschätzbare Ware wunderbar kühlend bei
Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine
vortreffliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige
Duft dieser Crema gleicht einem würdigen gewöhnlichen
Frühlingsstrauch von weißen Blüten und
Blättern, ohne jenen verächtlichen Wohlgeruch,
den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der
Tüte 60 St und 1 M. — In allen Chlorodont-
Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Einlieferung
dieses Inhaltes als Drucksache mit genauer und
deutlich geschriebener Adressenadresse auf dem Um-
schlag erhalten Sie eine kleine Probierprobe folgen-
des überaus durch Leo-Weile H. G., Dresden-K. 6

Es ist neu erschienen
Kinderland 1928

Ein proletarisches Jahrbuch
für die Bubens und Mädels
des arbeitenden Volkes. An
dem Kalender haben auch
dieses Mal die Kinder selbst
wichtig mitgearbeitet. Das
„Kinderland“ kostet

Mark 1.50

Zu haben in allen „Vorwärts“-
Abgabestellen und Parteiluch-
handlungen oder direkt von der
„Vorwärts“-Buchdruckerei und
Verlagsanstalt, Berlin SW 68
Lindenstraße 3

Korbmöbel! Sonderangebot!



In Private zu Einheitspreisen
Süddeutsche Fabrikate in gediegener
Verfertigungen kaufen Sie in
ro. er Auswahl und billige re

Wilhelm Schulze
Donbijoustr. 12, Hofpar.
die Hackescher Mar-
kthausgasse
Telephon: Alexander 471

Metallbetten 10⁵⁰
Schlafchaiselongues 24.
Plüschsofas 30 M., Ratenzahlung.

Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Möbel-Beiser

Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Küchen, Klubgarnitur, Einzelmöbe-
in gediegener Qualität zu niedrigen Preise

auf Teilzahlung!

Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336